

Resolution:

Lernen für Frieden

Seit 1999 geht wieder Krieg von deutschem Boden aus. Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Dafür werden militärische Wertvorstellungen und Interessen in allen gesellschaftlichen Bereichen vorangetrieben. Die Bundeswehr erachtet es dabei als „besondere Aufgabe“, „unserer Bevölkerung und in ganz besonderer Weise den nachwachsenden Generationen in der Schule z.B. zu erklären, wie sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland politisch aus den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik ableiten lassen.“¹

Dagegen gibt es Widerstand, denn die Mehrheit der Bevölkerung weiß, dass die „Interessen deutscher Sicherheitspolitik“, d.h. die Aneignung von „Ressourcen“ zur Absicherung der Vormachtstellung der hiesigen Großindustrie im Standortwettbewerb, nicht ihre Interessen sind, und lehnt den Afghanistan-Krieg mit mehr als 2/3-Mehrheit seit Jahren ab.

Nie wieder Krieg – auf Grund dieser objektiven zivilisatorischen Notwendigkeit war erkämpft worden, dass bis 2003 „Friedenserziehung“ als Aufgabe der Schulen in NRW² festgeschrieben war. Dagegen hat die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung versucht, die Kriegslegitimation in den Schulen zu verankern, indem sie eine weitreichende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen hat. Die derzeitige rot-grüne Landesregierung lehnt die Aufkündigung dieser Vereinbarung ab und plant stattdessen, ähnliche Verträge mit Akteuren der Friedensbewegung zu schließen. Das ist völlig unzureichend: Frieden ist keine Option, die man gegebenenfalls auch zur Disposition stellen kann, sondern unbedingt notwendig!

Die GEW NRW setzt sich daher für eine konsequent einseitig antimilitaristische Ausrichtung des gesamten Bildungssystems ein. Sie engagiert sich einerseits mit den Betroffenen vor Ort gegen jegliche Kooperationen mit Militär und Rüstungsindustrie. Andererseits fordert sie das Land NRW auf, jegliche Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen und Friedenserziehung wieder als Aufgabe der Schulen fest zu schreiben. Sie fordert weiterhin den Nordrheinwestfälischen und den Baden-Württembergischen Landtag auf, eine Zivilklausel bei den anstehenden Novellierungen der Hochschulgesetze landesweit festzuschreiben.

1 aus der Stellungnahme des Befehlshabers im Wehrbereich II, Generalmajor Gerhard Stelz, (Drucksache 15/180) zur Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung anlässlich des Antrages der LINKEN zur Aufhebung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Schulministerium NRW (Drucksache 15/131)

2 in der BASS (Bereinigte Amtliche Sammlung der Schulvorschriften NRW)